



Vierteljährlicher Abonnementspreis in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnement 50 Pf., außerh. pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Inserationsgebühren für den Raum einer gewöhnlichen Zeitungszeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Befellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 586. Mittags-Ausgabe.

Siebenundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Donnerstag, den 14. December 1876.

Deutschland.

O. C. Reichstags-Verhandlungen.

30. Sitzung des Reichstages (13. December).

12 Uhr. Am Tische des Bundesrathes Leonhardt, Camphausen, von Mittnacht, von Freyburg, von Amberg, von Fausst, von Freyschlag, von Abelen, von Bach, Major Fries, Hanauer, Hagens und viele andere Commissarien.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Beratung der Justiz-Gesetze. Ein dem Präsidenten heute um 10½ Uhr zugegangenes Schreiben des Reichstanzlers lautet: Bei dem hohen Werthe, welcher auf das Zustandekommen der Reichstagsvorliegenden Justizgesetze von den verbündeten Regierungen gelegt wird (Hört! links), und da bei der Kürze der Zeit, welche zu dem gemeinsamen Wirken in dieser Legislaturperiode nur noch übrig ist, zu befragen steht, ob es gelingen wird, diese Gesetze in dem sonst hergebrachten Geschäftsgange zu vereinbaren, hat der Bundesrath es für geboten erachtet, die Ergebnisse seiner Beratung über die von dem Reichstag in zweiter Lesung gefassten Beschlüsse ungeändert und insgesammt schon vor dem Beginn der dritten Lesung zur Kenntniss des Reichstages zu bringen. Demgemäß beehrt sich der unterzeichnete Reichstanzler Ew. Hochwohlgeboren die beiliegende Zusammenfassung der Beschlüsse des Bundesrathes mit dem ganz ergebensten Ersuchen zu übersenden, dieselbe dem Reichstag gefälligst mittheilen zu wollen. Der Bundesrath hat sich bereits, als er zu den Anträgen der Commission Stellung zu nehmen hatte, von dem Bestreben leiten lassen, sich diesen Anträgen thunlichst anzuschließen. Auch bei der erneuerten Beratung ist er bestrebt gewesen, den Beschlüssen des Reichstages in zweiter Lesung gegenüber, die Differenzpunkte auf das möglichst geringe Maß zurückzuführen. Er hat daher bei einer großen Reihe von Punkten, obgleich sie ihm zu begründeten Bedenken Veranlassung geben, dennoch darauf verzichtet, diese Bedenken weiter zu verfolgen. So sehr aber auch die verbündeten Regierungen hiernach bereit waren, den Beschlüssen des Reichstages entgegen zu kommen, so sehr fühlten sie sich jedoch andererseits verpflichtet, in diesem entgegengekommenen diejenigen Grenzen einzuhalten, deren Ueberschreitung als eine Gefährdung der ihr Debit vorzugsweise anvertrauten öffentlichen Interessen erscheinen müsste. (Bewegung links.) Der unterzeichnete Reichstanzler hegt die Hoffnung, daß es aus Grund der Beschlüsse des Bundesrathes gelingen wird, das große nationale Werk der deutschen Justizreform zu einem glücklichen Abschlusse zu bringen.

Der Reichstanzler v. Bismarck.

Die achtzehn Punkte, in welchen der Bundesrath den Beschlüssen des Reichstages über die Justizgesetze die Zustimmung verweigert hat, betreffen: die drei Bestimmungen über Zuständigkeit und Gerichtsstand für Prektergehen und den Zeugniszwang der Presse; die beiden Bestimmungen über den Kompetenzconflict, die Normative für die Conflictgerichtsstände und die gerichtliche Verfolgung der Beamten; die Beschlüsse, Anklageverweigerung der Staatsanwaltschaft und das entsprechende Recht des Anschlusses als Nebenkläger; den Titel über die Rechtsanwaltschaft; den Termin des Intraffretens der Gesetze; der Bundesrath scheint denselben jetzt einem besonderen Gesetze vorbehalten zu wollen; die Rechtsbelehrung des Präsidenten an die Geschworenen; die Hilfsrichter beim Landgerichte (sog. fliegende Assessoren); die Zusammenfassung der Strafkammer bei der Verurteilung von Schöffengerichten aus fünf statt nur drei Richtern, wie der Bundesrath will; die Incompatibilität der Theilnahme am Eröffnungsbeschlusse und im erkennenden Gericht, welche der Reichstag bereits auf ein Mitglied beschränkt hat; die Beschlagnahme von Briefen (Ablehnung des in der zweiten Lesung angenommenen Antrags Hanel, welcher dieselbe auf bestimmte einzelne Briefe beschränkt); das Recht der Durchsicht beschlagnehmter Papiere, welches der Reichstag nur dem Richter gestatten will; der Bundesrath auch für den Staatsanwalt in Anspruch nimmt; das Recht der freien Unterbrechung des Vertheidigers mit dem Beschuldigten in der Voruntersuchung; die Cassation des Schuldspruchs der Geschworenen durch das einstimmige Gericht; die Entscheidung des Gerichts über den Beginn der Strafverfolgung.

Mit Rücksicht auf dieses Schreiben schlägt der Präsident vor, die Justizgesetze vorläufig von der Tagesordnung abzusehen.

Es folgt die erste und zweite Beratung des vom Abg. Windthorst vorgelegten G.-G., betreffend die Abänderung des Gesetzes vom 7. Juli 1873, welcher lautet:

§ 1. Die Bestimmung im § 1, V. des Gesetzes vom 7. Juli 1873, die Abänderung des Vereins-Zolltariffs betreffend, wird dahin geändert, daß die Befreiung der im § 1, sub III. Nr. 3 bis incl. 8 des gedachten Gesetzes aufgeführten Gegenstände — mit Ausnahme jedoch der landwirtschaftlichen Maschinen, Geräthe, Theile derselben und Locomobilen — vom Eingangszoll erst mit 1. Januar 1879 in Wirksamkeit tritt.

§ 2. Welche Maschinen, Geräthe und Theile derselben zu den landwirtschaftlichen gehören, wird durch kaiserliche Verordnung bestimmt.

Abg. Windthorst: Die gestrige Vorlage der verbündeten Regierungen beweist, daß man auch von Regierungsseiten endlich vollständig davon überzeugt ist, daß unser gesamtes Gewerbeleben, und in erster Linie unsere Eisenindustrie sich in einer großen und schweren Krise befindet. In einem solchen Moment, wo allmählich Etablissements geschlossen und viele Tausende von Arbeitern brodlos werden, ist es gewiß nicht angezeigt, den letzten Schritt in der Verrückung der noch bestehenden Eingangs- und Ausfuhrzölle zu thun. Hält man eine solche Maßregel aus irgend einem principiellen Standpunkt überhaupt für gerechtfertigt, so soll man doch wenigstens mit ihrer Einführung warten, bis die Verhältnisse sich geändert haben. Dies beweist mein Antrag. Es können für denselben die Vertreter der entgegengegesetzten wirtschaftlichen Principien unbeschadet ihres Standpunktes stimmen. Die Freihändler können ihr Princip vollständig wahren, indem sie für den Fortbestand der Zölle nur noch eine kurze Frist bewilligen, und die Schutzzöllner können sich mit dieser Abzugszahlung in der Erwartung der Wiederkehr besserer Zeiten begnügen. Ich glaube somit unseren Antrag der allgemeinen Zustimmung des Hauses empfehlen zu können.

Abg. v. Malzahn-Gülz: Der Kernpunkt der Frage, die uns bei den gestrigen eingehenden Verhandlungen und heute bei diesem Antrage wieder beschäftigt, ist lediglich ein Streit zwischen den Interessen der Producenten und der Consumenten. Es steht sich gegenüber das Interesse derjenigen Gegenstände, die dem eigentlichen Eisenindustrie benachbart sind, und derjenigen, insbesondere der Küstenprovinzen, die denselben mehr oder weniger entfernt liegen. Demgemäß ist es natürlich, daß sich die Anschauungen und Vota der verschiedenen Reichstagsmitglieder bedeu mit der bezüglichen geographischen Lage der Heimath der betreffenden Abgeordneten. Ich erkläre offen, daß dies auch mein Standpunkt ist. Ich bin als Vertreter einer Küstenprovinz gegen diesen Antrag, weil ich darin nur die Tendenz kenne, unsere natürlichen Bezugsquellen für unsere Bedürfnisse nach Eisenprodukten insbesondere für die Landwirtschaft uns zu verschließen. Die Verschlechterung der Verhältnisse unserer Eisenindustrie, die hier immer vorgeführt wird, hat mit der Aufhebung der Eisenzölle gar nichts zu thun, denn sie ist ja eingetreten zu einer Zeit, in der diese Zölle noch bestanden. Ich habe mich aus den gestrigen Verhandlungen überzeugt, welche einflussreichen und bedeutenden Gegner die Aufhebung der Eisenzölle besitzt; um so mehr muß es mein und meiner politischen Freunde Bestreben sein, eine auf diesem Gebiete einmal eroberte Schanze nicht wieder aufzugeben. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

Abg. v. Kardorff: Der Vorredner hat wieder die alte Frage des Gegenstandes zwischen Producenten und Consumenten vorgeführt. Das ist wirklich ein überwundener Standpunkt. Die Wissenschaft hat längst nachgewiesen, daß jeder Mensch Producent und Consument zugleich ist. Der Standpunkt, als ob es sich hier um die verschiedenen Interessen der Küstenbewohner und des Binnenlandes handelte, muß als ganz ungerechtfertigt zurückgewiesen werden. Die vorliegende Frage darf vielmehr einzig und allein entschieden werden nach den Interessen des gesammten großen Vaterlandes. Wir haben uns zu fragen: Ist die Aufhebung der Eisenzölle in diesem Augenblicke für unsere gesammte wirtschaftliche und politische Situation nützlich oder schädlich; und danach allein haben wir unser Votum abzugeben. Von diesem Gesichtspunkte aus kann ich den Antrag Windthorst nur dringend befürworten, während ich mich für die gestrige Vorlage der

verbündeten Regierungen nicht erklären kann, da ersterer uns nicht, wie diese, ein Aufgeben unseres principiellen Standpunktes zumuthet, sondern ein einfacher praktischer Vorschlag zur Verdrängung der Zeitverhältnisse ist, dem der Reichstag zustimmen kann, ohne seiner Würde im Mindesten etwas zu vergeben.

Bundescommissar Huber bemerkt, daß die von verschiedenen Seiten angeführten ziffermäßigen Daten, welche die Regierung zur Begründung ihrer gestrigen Vorlage gegeben habe, auf amtlichen, dem deutschen und belgischen statistischen Bureau entnommenen, Grundlagen beruhen.

Abg. Richter (Weissen): Der Abg. Kardorff hat uns im Anfang seiner Rede angerathen, künftig die Producenten und Consumenten nicht so von einander zu trennen, wie das vom Abg. v. Malzahn-Gülz geschehen sei. Eine solche Anempfehlung ist sehr schön und richtig, wenn man den allgemeinen wirtschaftlichen Standpunkt der ganzen Nation ins Auge faßt; wenn es sich aber um 1 Million Producenten und 30 Millionen Consumenten einer einzelnen Waare handelt, so ist die Anwendung des Grundsatzes nicht mehr richtig. Wenn man gewisse Klassen durch den Schutz Zoll begünstigt, so wird man die nicht geschützten Erwerbszweige wesentlich beeinträchtigen, und deshalb tritt die Landwirtschaft gegen die Schutz Zölle ein. Sie verlangt, daß sie gleiches Licht und gleiche Luft erhält und muß sich entschieden dagegen erklären, daß einzelne Zweige der Industrie mit einem Schutz Zoll künstlich umgeben und dadurch in den Stand gesetzt werden, auf Kosten der übrigen Erwerbszweige Capital und Arbeit zu höheren Zinsen und zu höheren Löhnen, als die Landwirtschaft gewähren kann, an sich zu ziehen. Der Gesetzentwurf, welchen der Abg. Windthorst eingebracht hat, schlägt im § 1 vor, daß der gegenwärtige Zustand bis zum 1. Januar 1879 verlängert werde. Ist das nicht ein Vergang, wie er ganz ebenso vor drei Jahren stattgefunden hat; mühte nicht auch diesmal, um dies Gesetz zu Stande zu bringen, ein Compromiß geschlossen werden, daß am 1. Januar 1879 Niemand daran denken sollte, diesen Termin zu verlängern? und wer giebt uns die Garantie dafür, daß Angesichts der Neuwahlen zum Reichstag dieser Termin nicht aufs Neue verlängert wird? Ich möchte, die Erklärungen vor zwei Jahren müßten den Reichstag gelehrt haben, daß man auf diesem Gebiete mit einer Prolongation außerordentlich vorsichtig sein muß.

Wenn Sie diesen Entwurf annehmen, so werden Sie damit das Signal zu einem vollständigen Schutzsystem der westeuropäischen Staaten geben und den Schutz Zöllnern in den Parlamenten Oesterreichs, Frankreichs und Italiens eine mächtige Waffe in die Hand drücken. Es ist sehr leicht, in handelspolitischen Dingen einen Schutz Zoll einzuführen, es ist aber, wie Sie an diesen Verhandlungen sehen, ganz außerordentlich schwer, vorhandene Schutz Zölle zu ermäßigen. Darum bitte ich dringend, gehen Sie auf diesen Gesetzentwurf nicht ein. Vom Ministerialstandpunkt ist die richtige Ansicht gegeben worden, daß ein Zoll sich nur wohl befinden kann, wenn man alle Hemmnisse aus dem Wege räumt, die der gleichberechtigten Arbeit und der gleichberechtigten Production im Wege stehen. Schaffen Sie freie Bahn, Gleichheit der Waffen in dieser Beziehung, so werden Sie den deutschen Wohlstand und die deutsche Wohlthat jedenfalls sehr fördern, als durch eine Verlängerung der Eisenzölle. (Beifall.)

Hiermit wird die erste Beratung geschlossen.

Nachdem die Verweisung des Antrags an eine Commission verworfen worden, tritt das Haus in die zweite Beratung.

Abg. v. Schulte hat folgendes Amendement eingebracht:

Die §§ 1 und 2 des Antrages Windthorst durch folgende Paragraphen zu ersetzen:

§ 1. Der Art. V. § 1 des Gesetzes vom 7. Juli 1873 wird aufgehoben.

§ 2. Die im Gesetz vom 7. Juli 1873 sub III. Nr. 3 bis 8 incl. aufgeführten Gegenstände unterliegen bis zum 31. December 1878 den dort aufgestellten Eingangszöllen.

§ 3. Vom 1. Januar 1877 ab sind folgende Gegenstände vom Eingangszoll befreit: Locomobilen, Pflugschaaren, Senfen, Seiden, Futtertinten (Strohseifen), Seemashinen, Mahlmashinen, Drechselmaschinen, sowie die einzelnen Theile solcher Maschinen, welche aus Eisen, Stahl oder Eisenblech bestehen. Durch kaiserliche Verordnung können noch andere zum landwirtschaftlichen Gebrauche bestimmten Geräthe und Maschinen vom Eingangszoll befreit werden.

Abg. Löwe: Gegenüber der Vorlage der Regierung ist mit Unrecht die Budgetfrage zu einer hochwichtigen Angelegenheit worden; es handelt sich nur um eine ziemlich geringfügige Summe. Dasselbe trifft auch bei dem Antrage des Abg. Windthorst zu. Ich bebauere, daß derselbe nicht in eine Commission verwiesen worden ist, in welcher die einander gegenüberstehenden Ansichten eine Klärung erfahren hätten und auch die Regierung sich über die von ihr in Aussicht genommenen Maßnahmen eingehender hätte verbreiten können. Die Budgetfrage ist es wohl auch nicht, auf welche die Gegner des Antrages das Hauptgewicht legen, sondern Beweggründe, welche sie aus ihrer freihändlerischen Auffassung entnehmen. Insbesondere berufen sich dieselben auf die von dem Reichstage im Jahre 1873 gefassten Beschlüsse. Damals haben wir aber die Verhältnisse nicht gehörig zu übersehen vermocht. Es wurden die damaligen Verhältnisse von den Industriellen als eine directe Aufforderung angesehen, sich recht anzustrengen. Gleichwohl jagt man heute: die Ueberschuldung ist Schuld an dem Darniederliegen der Industrie; die Industriellen müssen sich beschränken und da sie es freiwillig nicht thun, so muß der Staat eingreifen. Die Ueberschuldung ist aber nicht bloß in Deutschland eingetreten, sondern in der ganzen Welt, und das Richtige wäre, dieselbe ihren Prozeß unbehindert durchmachen zu lassen. Durch Aufhebung der Zölle wird die Industrie noch mehr geschädigt, als sie es jetzt schon ist. Der französische Fabrikant, welcher bei der Ausfuhr eine kleine Prämie erhält, ist in der Lage, die Waaren zu billigeren Preisen auf den Markt zu bringen, als die einheimischen Fabrikanten. Er macht deshalb in Rußland, Italien, Spanien und Portugal die besten Geschäfte. Schaffen Sie wenigstens für die Hauptabzugsartikel der Industrie eine kleine Hilfe und nehmen Sie den Antrag des Abg. Windthorst an.

Abg. v. Unruh: Ich kann bei der vorangegangenen eingehenden Discussion gegen den Antrag keine neuen Gründe mehr vorbringen, aber es ist Ihnen vielleicht erwünscht, daß ich, der ich eine lange Reihe von Jahren selbst Industrieller gewesen bin, aus meiner Erfahrung Einiges anführe. Es scheint mir vor Allem falsch, daß die jetzige Nothlage der Industrie die Folge der jetzt eingehaltenen Handelspolitik ist. Diese Handelspolitik hat vielmehr vom Jahre 1868 an die Industrie immer mehr gefördert. Der jetzige Zustand hat ganz andere Ursachen. Insbesondere ist an demselben die übertriebene innere Concurrenz Schuld. Ich führe als Beispiel an, daß ein solches betriebenes Geschäft, welches sich mit einem Gewinn von 3 pCt. auf Güterwagen und 7 pCt. auf Personenzugwagen begnügt, wegen zu starker Concurrenz es vorzog zu liquidiren. Es ist Thatsache, daß Industrielle sich mit Preisen begnügten, welche ganz bedeutend unter den Selbstkosten standen. Man wollte Waaren absetzen um jeden Preis, nur nicht den Betrieb einschränken oder ein paar Arbeiter entlassen. Wenn wir die Zölle beibehalten, so thun wir den ersten Schritt auf einem abschüssigen Wege. Es ist gesagt worden, daß der eifrige Vorkämpfer für das Freihandelsystem, der frühere Minister Delbrück die Vorlage der Regierung gutgeheißen habe. Ich aber bin positiv überzeugt, daß der Minister Delbrück einen solchen Gesetzentwurf nie eingebracht hätte. Eine Besserung der jetzigen Zustände wird durch die Beibehaltung der Eisenzölle nicht erreicht werden. Auch in Frankreich regt sich schon eine starke Partei gegen den Schutz Zoll, weil man anfängt einzusehen, daß der Handel nicht bestehen kann, wenn er nicht eine freie Bewegung hat. Die Zölle waren es, welche den deutschen Industriellen beim Handel mit Oesterreich, Rußland und Holland die Concurrenz mit England und Frankreich erschwerten; sie mußten die Hälfte ihres Nutzens an die Producenten in England abgeben. Ich bitte Sie, den Antrag des Abg. Windthorst abzulehnen.

Abg. v. Schulte: Ich bitte Sie, meinen Antrag anzunehmen, hauptsächlich deshalb, weil Sie damit einer wirklichen Nothlage entgegenkommen. Die von den Gegnern vorgebrachten Gründe sind nicht im Stande gewesen, den Beweis dafür zu erbringen, daß die Aufhebung der Zölle eine wohlthätige Maßregel ist. Für die Provinz Westphalen beispielsweise ist der Fortbestand der Zölle geradezu eine Lebensfrage. Aus meinem Wahlbezirk

ist eine Petition hier eingegangen, welche 20,000 Unterschriften zählt und zwar nicht bloß von Arbeitgebern, sondern vielleicht zur Hälfte von Arbeitern. Die Privatindustrie hütet sich, jetzt zu irgend welchen größeren Unternehmungen zu schreiten, weil sie die Ausbeutung der Eisenzölle fürchtet. Man hat dem vom Abgeordneten Windthorst vorgeschlagenen Gesetzentwurf vorgeworfen, daß der Zucker nicht in denselben aufgenommen sei; für den Zucker besteht aber eine solche Nothlage nicht, wie für das Eisen. Der 1. Januar 1877 steht vor der Thür, und wenn Sie jetzt der Eisenindustrie nicht helfen, so können Sie ihr niemals helfen. Man sagt uns, wir streiten um des Kaisers Bart, es ist aber ein öffentliches Geheimniß, daß Seine Majestät —

Präsident von Jordan bed: Es ist unstatthaft, die Person Sr. Majestät des Kaisers in die Debatte zu ziehen, zumal wenn es in einer Weise geschieht, die mich zu einer stärkeren Rüge veranlassen könnte.

Abg. v. Schulte: Es wäre Unrecht, der Landwirtschaft die kleine Hilfe zu entziehen, welche mein Antrag ihr gewähren will. Nehmen Sie denselben an.

Bundesbevollmächtigter Staatsminister Camphausen: Die heutige Discussion hätte mich vielfach veranlassen können, in die Discussion einzugreifen; aber wir haben uns gestern schon, wie Sie wahrgenommen haben werden, einer Einmischung enthalten; ich habe selbst Verzicht darauf geleistet, den Irrthum des Abg. von Kardorff, der meine Versicherungen im vorigen Jahre nicht richtig aufgefaßt hat, zu widerlegen. Ich kann nur betonen, daß wir einen hohen Werth auf die freie Entscheidung des Reichstages legen. Wir haben es nie und nimmer ausgesprochen, daß wir diesen Beschluß, möge er ausfallen wie er wolle, nicht in Erwägung nehmen werden. Wir wünschen keine Stimme weder nach der einen noch nach der anderen Seite überzubringen; wir wünschen nur, daß jedes Mitglied nach seiner vollen reinen Ueberzeugung stimmen und dadurch der Regierung eine Richtschnur für ihr künftiges Verhalten geben möge. (Beifall.)

Bundesbevollmächtigter Staatsminister Dr. v. Arnim: Ich kann mich den Worten meines Collegen nur vollkommen anschließen; ich mache aber darauf aufmerksam, wie ich bereits in meiner gestrigen Rede ausdrücklich hervorgehoben habe, daß die Regierungen die Pflicht anerkennen und anerkennen müssen, gerade bei Aufhebung der Zölle alle diejenigen Beschwerden auf dem Zollgebiet zu beseitigen, die von ihnen und der Landesvertretung als gerechtfertigt anerkannt sind. Deshalb haben sie die gestern hier beherrschte Vorlage gemacht. Bei dieser Gelegenheit drängt es mich, die Bemerkung richtig zu stellen, welche der Abg. von Unruh ausgesprochen hat. Er hob hervor, daß, wenn gestern unter Hinweis auf einen Mann, den wir alle hochschätzen, von mir ausgesprochen sei, daß sich derselbe mit den Absichten der Regierung einverstanden erklärt habe, dies unter keinen Umständen richtig sein könne. Wenn diese Bemerkung so verstanden wird, daß sich jener Mann einverstanden erklärt habe mit der Vorlage, welche wir unterbreitet haben, dann ist allerdings meine Bemerkung eine falsche. (Hört! Hört!) Meine Bemerkung sollte nur dahin gehen, daß von jenem Manne anerkannt worden ist, daß, falls unsere Vermuthungen zur Beseitigung der aquits keinen Erfolg hätten, wir genöthigt seien, durch Abgaben, welche der Höhe der aquits entsprächen, sie unschädlich zu machen. Das ist die Aufgabe des von uns vorgelegten Gesetzes.

Nachdem der Referent Abg. Richter (Weissen) noch über die zu dieser Materie vorliegenden Petitionen berichtet, wird die Debatte geschlossen.

Personlich bemerkt Abg. v. Unruh: Magdeburg, daß er nur gefast, der Staatsminister Delbrück könne sich mit der Vorlage nicht einverstanden erklären haben.

Der Antrag des Abg. v. Schulte wird abgelehnt; für denselben stimmt nur der Antragsteller. Der Antrag Windthorst wird mit 201 gegen 116 Stimmen abgelehnt; Abg. Stumm enthält sich der Abstimmung. Für den Antrag Windthorst stimmen geschlossen die Socialdemokraten, die Schläfer, das Centrum mit Ausnahme der Abgeordneten v. Frankenstein und v. Soden; ferner von der Fortschrittspartei die Abgeordneten Alnoch, Krenz und Berger; ferner der Abg. Löwe; von den Nationalliberalen die Abgg. v. Bodum-Dolfs, Buhl, Elben, Fröhlich, Gaupp, Haarmann, Jacobi, Jordan, Koch (Braunschweig), Schacht, v. Schauf, Schröder (Friedberg), Siemens, v. Schulte, Sombart, Ulrich, Böll, Weßky und Dr. Jinn; von der deutschen Reichspartei die Abgg. Aldermann, Graf Frankenberg, von Hohenlohe-Langenburg und von Hohenlohe-Zingstingen, v. Kardorff, Lucius (Erfurt) und v. Schwarze; von den Conservativen der Abg. v. Malzahn-Militzsch.

Ohne Debatte erledigt das Haus darauf die zweite Beratung der summarischen Uebersicht der Ausgaben und Einnahmen der Landesverwaltung von Elsaß-Lothringen für das Jahr 1875 und der Nachweisung der bei dieser Verwaltung im Jahre 1875 vorgekommenen Staatsüberschreitungen und außerordentlichen Ausgaben und der allgemeinen Rechnung über den Haushalt des Deutschen Reiches für das Jahr 1872; ferner die dritte Beratung des vom Abg. Dr. Schulze-Delitzsch und Genossen vorgelegten Gesetzentwurfs, betreffend die Abänderung des Art. 32 der Verfassung des Deutschen Reiches, betreffend die Diäten.

Um 4½ Uhr vertagt sich das Haus bis Freitag 11 Uhr. (Interpellation des Abg. Schulze-Delitzsch, Telegraphen-Anleihe, Staats.)

Berlin, 13. Decbr. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Rittmeister v. Jerin im Schleichen Ulanen-Regiment Nr. 2, dem Gymnasial-Director Dr. Vogen zu Düren, dem Steuer-Inpector a. D. Stadtrat zu Cassel und dem Kreisgerichts-Secretair von Hoffen zu Gerolstein den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem Kammergerichtsrath Geheimen Justizrath Greiner zu Berlin, den königlichen Kronen-Orden vierter Klasse; dem Regiments- und Baurath Gottge zu Köln den königl. Kronen-Orden dritter Klasse; sowie dem Referenten, Ulanen Vober, im Bezirk des 1. Bataillons (Gotha) 6. Thüringischen Landwehr-Regiments Nr. 95 die Rettungs-Medaille am Bande verliehen.

Berlin, 13. Decbr. [Se. Majestät der Kaiser und König] nahmen heute Vormittag militärische Melbungen entgegen und hörten die Vorträge des Geheimen Cabinets-Raths von Wilmowski und des Chefs der Admiralität, Generals von Stöck.

Gestern fand im königlichen Palais ein größeres Diner statt, zu welchem Fürstlichkeiten, Generale und Reichstags-Abgeordnete eingeladen erhalten hatten.

[Ihre Kaiserliche und königliche Hoheit die Kronprinzessin] empfing gestern Nachmittags 4½ Uhr Ihre Durchlaucht die Frau Fürstin Mathilde Radziwill, Ihre Durchlaucht die Frau Fürstin Bismarck, die Gemahlin des Staats-Ministers Hofmann und Frau von Prohlus. (Reichsanz.)

— Berlin, 13. Dec. [Die Justizgesetze. — Die Retorsionszölle. — Das Reichstagsgebäude.] Das Schreiben des Reichstanzlers, mit welchem die Beschlüsse des Bundesrathes über die Justizgesetze dem Reichstage heute zugegangen sind, hat in Abgeordnetenkreisen vielfach große Verstimmung hervorgerufen. Man fühlt sich namentlich durch die Andeutung verlegt, als ob die Beschlüsse des Reichstages in zweiter Lesung eine Gefährdung der öffentlichen Interessen herbeiführen könnten, und es hat dieser Passus jetzt manche Stimme aus den Kreisen der altpreussischen Juristen, welche gegen die Gesetze sind, der Majorität gewonnen. Im Großen und Ganzen giebt man die Sache der Justizgesetze verloren. Inzwischen fehlt es nicht an Stimmen, welche noch nicht das Zustandekommen der Gesetze bezweifeln wollen; diese stützen ihre Hoffnungen darauf, daß sie die heutige Erklärung der verbündeten Regierungen noch immer nicht für ein Ultimatum ansehen und die Möglichkeit einer weiteren Vermittelung auch ferner festhalten möchten. Es handelt sich lediglich darum, welchen Ausgang die morgenden Verhandlungen der nationalliberalen Fraction

nehmen, bei dieser liegt die Entscheidung. Die Fraktionen der Rechten sind für Annahme der Bundesrathsvorschläge, das Centrum und die Fortschrittspartei, sowie die vollständig anwesenden Socialdemokraten — und es zählt hierbei jede einzelne Stimme — sind für unbedingte Verwerfung. Als ein neues Moment in den Debatten des Bundesrathes über die Justizgesetze erscheint die von mehreren Seiten gegebene Versicherung, daß sich die mittel- und süddeutschen Staaten durchaus nicht in einem so hervortretenden Gegensatz nach liberaler Richtung hin zu der preussischen Regierung befunden hätten, wie es vielfach bisher dargestellt worden. Jedenfalls wird der Entscheidung eine sehr gewichtige, allgemeine Debatte vorangehen. — Heute Nachmittag hat die Wahl der Commission zur Vorberathung des Gesetzes über die Retorsionszölle stattgefunden. Die nationalliberale Fraktion hat in diese Commission gewählt die Abgg. Bamberger, Braun, Büsing, Buhl, Gerwig, Sombath, Thilenius, von Unruh und Weigel. Das Centrum wählte die Abgeordneten Haanen, v. Miller, von Landsberg, Gehmen, Stumm, v. Schorlemer-Mast und Frhrn. von Wendi. Die Rechte die Abgeordneten von Puttkamer (Sensburg), Klügge, von Karbors, die Fortschrittspartei endlich die Abgeordneten Dickert, Richter (Hagen), Wiggers. Die Commission hat sich noch nicht constituirt, doch ist man innerhalb derselben ernstlich entschlossen, möglichst noch an das Hans zu berichten und nach einer oder der andern Richtung hin ein Resultat zu erzielen. — Ein Gegenstand, welcher jedenfalls noch vor Schluß der Session erledigt werden soll, ist der Bericht der Bau-Commission über das künftige Reichstagsgebäude. Der Abg. Dunder hat diesen Bericht längst abgeschlossen; es erübrigt nur noch die Feststellung desselben und dazu bedarf es einer nochmaligen Berurtheilung der Commission. Derselben ist bekanntlich das Mandat erteilt, vor Ablauf der Legislaturperiode diese Angelegenheit zum Austrag zu bringen.

Berlin, 13. Decbr. [Zur Kritik der Justizgesetze. — Besprechung süddeutscher Abgeordneter. — Mangel an Zweimarkstücken. — Industrielle Lage in den Westprovinzen. — Die 10 Millionenanleihe. — Aus der Petitions-Commission. — Berliner Nachwahlen.] Heute Vormittag versammelten sich bereits die Vorstandsmitglieder verschiedener Fraktionen des Reichstages, um taktische Maßnahmen in Erwägung zu ziehen, welche den Fraktionen gegen die Beschlüsse des Bundesrathes betreffs der Justizgesetze empfohlen werden sollen. Was darüber verlautet, gehört nicht der Oeffentlichkeit an. Die Fraktionen werden sich in ihren heutigen Abendbesprechungen über die Stellung entscheiden müssen, welche sie bei der dritten Lesung der Justizgesetze einnehmen wollen. Es kann jetzt schon kaum zweifelhaft sein, in welchem Geiste die Mehrheit ihr Urtheil fällen wird. Fassen die Mehrheitsfraktionen, wie vorausgesehen ist, den Entschluß, nicht mehr in die sachlichen Erörterungen der einzelnen Differenzpunkte einzutreten, sondern einfach darüber abzustimmen, um die Beschlüsse der zweiten Lesung aufrechtzuerhalten, so bestätigt sich das Gerücht, daß seitens des Reichskanzlers alle Compromißverhandlungen mit Hinweis auf das Ultimatum des Bundesrathes abgeschnitten worden sind. Wir sind nicht in der Lage, angeben zu können, von welcher parlamentarischen Partei der Versuch gemacht wurde, mit dem Fürsten Bismarck in Unterhandlungen zu treten, aber gewiß ist es, daß dies von hervorragenden Mitgliedern der liberalen Partei nicht geschah. Wohl sagt man, daß auf dieses oder jenes Bundesrathsmitglied und auch auf einzelne Mitglieder der Reichsregierung eine gewisse Pression seitens liberaler Abgeordneter verübt wurde, ohne daß sie dazu von ihren Parteien autorisirt waren. Aber der Reichskanzler, der sichlich von anderen einflussreichen Personen berathen war, soll von seinem Beschlusse, die Justizgesetze nicht zu Stande kommen zu lassen, nicht abzubringen gewesen sein. Ueber die eigentlichen Gründe dringt nur wenig in die Oeffentlichkeit. Gelegentlich der letzten parlamentarischen Soirée soll er geäußert haben, daß die meisten Anträge innerhalb der Reichsjustizcommission, welche die Vorlagen der Regierung radical umgestaltet hätten, von den Mitgliedern der Fortschrittspartei (Goldschmidt, Herz, Klog) hergerührt haben. Wir halten es kaum für glaublich, daß der Reichskanzler den Parteistreit auf das große Reformwerk zu übertragen wünscht, von dem man oft genug sagte, daß er darauf mit Stolz als auf den Abschluß der Einheitseinkreisung Deutschlands blicke. Heute wird dieser Auffassung allerdings durch den Fürsten Bismarck selbst widersprochen. Er äußerte erst vor wenigen Tagen zu einem der Präsidenten des Reichstages: Wenn die Justizgesetze, sowie sie aus der zweiten Lesung hervorgegangen sind, zu Stande kämen, so würde darüber räsonnirt werden. Er (der Reichskanzler) lege kein Gewicht darauf, daß sein Name mit diesem Werke in Verbindung gebracht werde. — Baiersche und bairische Reichstagsabgeordnete treten heute Abend zu einer Berathung über die Differenzpunkte der Justizgesetze zusammen, um diejenigen Bestimmungen zu besprechen, welche sich zu einem Compromiß eignen dürften. Es ist anzunehmen, daß es sich hauptsächlich nur um die beanstandeten technischen Punkte handelt, weil hinlänglich bekannt ist, daß die süddeutschen Justizminister in den politischen Fragen auf dem Standpunkte der Majorität des Hauses stehen. — Unsere neuliche Bemerkung, daß trotz der starken Ausprägung von Zweimarkstücken sich im Verkehr ein bedeutender Mangel an diesen Münzen herausstelle, wird jetzt von Königsberg aus bestätigt. Dort klagen die öffentlichen Cassen, daß ihnen von Berlin aus zu wenig Stücke von dieser Geldsorte zur Verfügung gestellt werden, zumal sie angewiesen sind, die einkommenden Bälle so viel wie möglich festzuhalten. — Aus den westlichen Provinzen der Monarchie verlautet, daß belgische Gesellschaften sich die gegenwärtige bedrängte Lage unserer heimischen Industrie zu Nuzen machen und Fabriken, Hütten- und Bergwerks-Anlagen, die zur notwendigen Substitution kommen, zu billigen Preisen ankaufen. In wie bedeutendem Maße die Einnahmen der westlichen Städte unter dem Rückgange der Geschäftstätigkeit leiden, erhellt aus dem jüngsten Rechnungsbuch der Rammereikassen-Verwaltung der Stadt Dortmund, wonach die Communalsteuer-Erhebung im Jahre 1875 genau 120,737 Mark weniger eingebracht hat, als im Etat vorgesehen war, ein Ausfall, der vorzüglich aus dem Rückgange in der Besteuerung der Forstsen sich herschreibt. — Die Budgetcommission befachte sich in ihrer heutigen Sitzung mit dem ihr vom Hause überwiesenen Gesetzentwurf, betreffend die Aufnahme einer Anleihe von 10 Millionen Mark für Zwecke der Telegraphenverwaltung. Derselbe bewilligt zur Einstellung für den nächsten dreimonatlichen Etat die Summe von 2 Mill. Mark und specialisirte diese Position nach den Bedürfnissen für die oberirdische und unterirdische Leitung, sowie für die Errichtung neuer Stationen und Gebäude. Diese Bewilligungen wurden in einzelne Titel ausgetheilt und demgemäß der § 1 der Vorlage geändert. Der Regierungs-Commissar, Generalpostmeister Stephan, gab in Betreff der constitutionellen Frage befriedigende Erklärung ab. — Der Petitions-Commission lagen Petitionen von zahlreichen Gemeinden am Bodensee vor, welche sich darüber beklagen, daß sie bei der letzten Cinquartierung an Naturalverpflegung pro Mann nur 41 Pf. anstatt 80 Pf. erhalten haben. Aus der Mitte der Commission wurde dieser Fall gerügt. Der Commissar der Militär-Verwaltung versprach eine sofortige Untersuchung und Abhilfe. Ferner wurde über eine Petition von elsässischen Apothekern verhandelt, welche darüber Beschwerde führen, daß sie im übrigen Deutschland behufs Erlangung der Approbation sich einer Prüfung zu unterziehen haben, während in Folge des Freizügigkeits-Gesetzes sich 19 Apotheker aus den alten Provinzen in den Reichslanden etablirt haben, ohne eine Concession zu besitzen und einer solchen zu bedürfen. Der Regierungs-Commissar erklärte, daß die Arbeiten für eine neue Apotheker-Ordnung nahezu vollendet sind. Sollte die Vorlage für den nächsten Reichstag noch nicht fertig gestellt sein, so würde mit einem Specialgesetz für Elsaß-Lothringen vorgegangen werden. — Wie vorausgesehen war, ist Franz Dunder heute mit großer Majorität zum Abgeordneten des 1. Berliner Landtags-Wahlbezirks gewählt worden. Von 648 abgegebenen Stimmen hat er 602 erhalten, während auf den Candidaten der Handwerker, den Schuhmacher Bierberg, 34, auf den der Nationalliberalen, Richard Harbt, 11 Stimmen fielen. Nicht so glatt lief die Wahl im 2. Bezirke ab, wo Langerhans mit 552 von 803 abgegebenen Stimmen gewählt wurde. Der Fabrikant Ludwig Löwe, den die ganze Bergpartei der Stadtverordneten-Versammlung, die Stadträthe Streckfuß und Romberg an der Spitze, eifrig protegirt, blies mit 249 Stimmen in der Minorität. Für Langerhans gab den Ausschlag, daß er während der Conferenzzeit Landtagsabgeordneter für den Wahlkreis Samter-Birnbaum war, Mitgründer der Fortschrittspartei und ein Mann von über allen Zweifel erhabener Integrität ist. Nationalliberale und Handwerker stimmten für Langerhans. Die Letzteren hatten es in der Vorwahl gestern Abend noch auf 123 Stimmen für Brandes gebracht.

[Der Geheime Rath Wagener] ersucht die „N. Z.“ in einer Zuschrift vom heutigen Tage, der thätigsten Erklärung Aufnahme zu gewähren, daß er niemals mit der „Deutschen Reichs-Glocke“ und deren Redaction in irgend einer persönlichen oder sachlichen Beziehung gestanden und seines Erinnerens nur eine einzige Zuschrift dort hingekirrt habe. Die Zuschrift sei die Zurückweisung einer Beschuldigung gewesen, als ob er den Freiherren von Loß als Verfasser gewisser Artikel bei dem Herrn Reichskanzler benannt habe.

Braunsberg, 12. Dec. [Schließung.] Der „N. S. Bzg.“ schreibt man: Am Sonnabend Vormittag hat der Landrath Kleemann das hiesige Priesterseminar definitiv geschlossen. Den fünf Clericern in demselben wurde erlaubt, noch acht Tage, bis zu den Ferien, darin wohnen zu bleiben.

Hamburg, 12. Dec. [Wahl.] Für das Jahr 1877 hat der Senat den Bürgermeister Dr. Petersen zum ersten Bürgermeister und den Senator Dr. Kirchner zum zweiten Bürgermeister erwählt.

Detmold, 12. Decbr. [In der heutigen Landtags-Sitzung] wurde zum Präsidenten der Abg. Dr. von Lengerke gewählt. Zum Vice-Präsidenten wurde der Abgeordnete Dr. Casar, zu Ausschusspräsidenten Dr. Casar, Rentier Bürtgen und Dr. von Lengerke gewählt. Landyndicus wurde der Auditor Preuß. Die anwesenden Gewählten leisteten darauf vor dem Fürstlichen Commissar folgenden Eid: „Ich schwöre Treue dem Fürsten, Gehorsam dem Gesetze und genaue Befolgung der Versammlung, so wie, daß ich in der Ständerversammlung nur das allgemeine Wohl, nach besser eigener, durch keinen Auftrag bestimmter Ueberzeugung berathen will.“

Potsdam (König. Sachsen), 12. Decbr. [Gruben-unglück.] Der „N. N.“ schreibt man: Ueber das auf Winberg-Schachte am Abend des 10. December stattgefundene Gruben-unglück erfahren wir an Ort und Stelle noch Folgendes: Jeden Sonntag werden die Strecken (Förderwege) gereinigt; so war auch am letzten Sonntag bis Mittag 12 Uhr gearbeitet worden, während der Schicht von 12 Uhr bis Abends 8 Uhr jedoch nicht. Dem die Abtheilung führenden Steiger liegt die Verpflichtung ob, der Mannschaft voran anzufahren, dies war am Sonntag jedoch nicht geschehen. Nach den Angaben des Steigers Schilde aus Klein-Raundorf, welcher diese Schicht hatte, haben die angefahrenen Bergleute auf ihn warten sollen, sind aber sofort an die Reinigung der verschiedenen Strecken gegangen. Der leicht verletzte Heinrich August Henker aus Deuben, welcher sich bei Entzündung der Gase ohnmächtig dem 220 Lachter tiefen Schachte befand, wurde einmalm umgedreht und schlepte sich bis auf die am Ende des Schachtes befindliche Bank. Dem daselbst anlangenden Steiger Schilde machte er Mittheilung vom Geschehen und sofort begannen die Rettungsarbeiten unter Leitung des Berg-Factors Rapp. Zwischen 8 und 9 Uhr Abends wurde der erste aufgefunden und heraufgeführt, während der letzte von den 27 Verunglückten Montag früh 10 Uhr aus dem Schachte gebracht wurde. Die Verunglückten lagen in den verschiedensten Stellungen auf eine Streckenlänge von 240 Lachtern vertheilt. Berginspector Köttig, welcher telegraphisch von dem Unglück in Kenntniß gesetzt worden, erschien am Montag früh und nahm sofort eine Untersuchung an der Unglücksstätte vor, fand aber das ganze Werk so unbeschädigt vor, daß er an die Explosion selbst nicht glaubte, wäre er nicht durch die Getödeten und Verletzten davon überzeugt worden. — Nach den von ihm aufgestellten Erörterungen ist bis jetzt keine zuverlässige Ursache der Katastrophe ermittelt worden. Unsere geistliche Mittheilung, daß die Mittags ausfahrenen Bergleute ein Aufkommen ihrer Grubenlichter wahrgenommen, hat sich nach der am Aborte von dem Regimentsassessor Franke vorgenommenen Vernehmung nicht bestätigt; möglich ist es aber, daß die Betreffenden ihre Wahrnehmungen aus Furcht verschwiegen. Nachdem am Nachmittag des Montag staatsanwaltschaftliche Erörterungen stattgefunden hatten, ist der Steiger Schilde verhaftet worden. Getödet wurden: 25 Männer, unter diesen einer, welcher bereits im vorigen Jahre in derselben Grube vor der Verschlüftung worden und nach 120 Stunden gerettet wurde; schwer verletzt 2, von denen einer bereits gestorben ist, und einer leicht verletzt. Die Ueberführung der auf dem Schachte untergebrachten Getödeten nach dem Kirchhofe in Deuben erfolgt von Morgen früh 7 Uhr an, und zwar vermittelst 8 Bahnen und 192 Trägern in drei Abtheilungen. Die Träger stellt das Freiberrl. v. Burglische Bergpersonal. Im Laufe des Nachmittags findet die Verbringung unter entsprechenden Feierlichkeiten auf dem Friedhofe statt. Leider ist es noch sehr ungewiß, ob und welche Unterstützung die Hinterbliebenen erhalten werden und es thut daher schnelle Hilfe noth; zum Zwecke der Unterstützung ist ein Comité in Bildung begriffen. Wir sind noch zu der Erklärung ermächtigt, daß jede Angabe eines Grundes der Entstehung bis jetzt auf Vermuthungen beruht, keineswegs aber auf Thatfachen sich stützt. Eine Verschüttung der Bergunglückten, sowie irgend welche Störung im Betriebe ist nicht vorgekommen.

Nödelheim, 12. December. [Bischof Ketteler] zu Mainz hat in Bezug auf die Wiederbesetzung der hiesigen Pfarrstelle bei Gelegenheit der Forderung dahier betont, daß er die Stelle schon deswegen nicht besetzen könne, weil dieselbe nicht vacant sei. Bekannt ist, daß in der Beurtheilung des Pfarrers Hungari dessen Dienstentlassung nicht ausgesprochen worden ist, und daß sowohl die weltliche, als die geistliche Behörde bis jetzt noch den Pfarrer Hungari als Pfarrer von Nödelheim betrachten und anerkennen. Schon im Laufe des verfloffenen Sommers wurde von der geistlichen Behörde die Auszahlung der Pfarr-Befolgung an Pfarrer Hungari verfügt, und das t. Kreisgericht zu Wiesbaden hat noch in jüngster Zeit durch das t. Amtsgericht zu Homburg die Beschlagnahme der bis jetzt noch rückständigen Befolgung zur Deckung entstandener Kosten durch den katholischen Kirchenvorstand dahier bekannt machen lassen. Ferner hat der Bischof eines Besuchs zur Weihnachtszeit mit keiner Silbe erwähnt.

München, 12. Decbr. [Zur Gütertarif-Frage] schreibt man der „Fr. Z.“ von hier: Wie wir aus einem hierhergelangten Schreiben von guter Quelle entnehmen, wird bezüglich der Eisenbahngüter-Tariffrage vom Ausschusse des Bundesrathes das bairisch-sächsische Tarifsystem mit nur geringen Abweichungen anempfohlen und zwar mit den drei (statt vier) Specialtarifen und dürfte der Bundesrath dem nicht entgegen sein. Den einzelnen Landesregierungen bleibt die Festsetzung der Maximaleinheitsätze vorbehalten. Auf den Wegfall des Frachtzuschlages soll möglichst hingewirkt werden, insbesondere derselbe aber nach

einem Rescripte des preussischen Handelsministers längstens vom 1sten Januar 1877 an bei allen mit der Eisenindustrie zusammenhängenden Artikeln wegfallen. Es steht zu erwarten, daß die Entscheidung des Bundesrathes in der kürzesten Zeit erfolgen werde.

Weg, 12. Decbr. [Die seiner Zeit ausgewiesenen Jesuiten,] welche hier ein durchschnittlich von 500 bis 600 Jöglingen besuchtes Collegium hatten, scheinen nachgerade den Anfangs gehegten Glauben an baldige Rückkehr verloren zu haben. Nachdem dieselben nämlich ihr gesamtes Mobiliar schon vor längerer Zeit versteigert, haben sie nun neuerdings ihre große Bibliothek nach Frankreich überführen lassen. Von den Patres ist gegenwärtig noch einer hier gebildet, der die ausgedehnten Besitzungen des Ordens in hiesiger Stadt überwacht.

Österreich.

Wien, 12. Decbr. [Die serbische Regierung] hat bis zur Stunde in der Angelegenheit des Dampfers „Radetzky“ noch keine Satisfaction gegeben und muß dieser peinliche Zwischenfall daher noch immer als offen angesehen werden. Es steht zu erwarten, schreibt das „Fr. Bl.“, daß die kaiserliche Regierung angesichts der nun schon wiederholt vorgekommenen Verletzung der österreichisch-ungarischen Flagge mit allem Nachdruck auf Genugthuung für die erlittene Unbill und Bürgschaft gegen die Wiederkehr ähnlicher Vorfälle bestehen wird. Der diesseitige Generalconsul, Fürst Brede, wird, nachdem bereits die beiden Donau-Monitore in Semlin angelangt sind, eventuell in der Lage sein, seinen Forderungen jenen Nachdruck zu geben, ohne den, wie es scheint, alle Vorstellungen in Belgrad wirkungslos bleiben.

Frankreich.

○ **Paris, 11. Decbr.** [Zur Ministerkrise. — Parlamentarisches.] Es ist noch immer keine Entscheidung erfolgt, und die Krisis droht sich ins Unabsehbare zu verlängern. Gestern zum ersten Male hat der Marshall-Präsident einem der Männer der Linken ein directes und officielles Anerbieten machen lassen. Dufaure lud nämlich Jules Simon zu einer Besprechung ein und trug ihm im Namen Mac Mahons das Portefeuille des Innern an, in einem Cabinet, worin er, Dufaure, den Vorsitz führen würde. Natürlich konnte J. Simon sich nicht verhehlen, daß für eine solche Combination nicht auf den Beifall der Kammermajorität zu rechnen sei. Er machte Dufaure kein Geheimniß daraus, daß sein Rücktritt von der Linken gewünscht werde, und stellte im Uebrigen zwei Bedingungen: die Annahme des Programms der gesammten Linken und Entfernung des Kriegsministers Berthaut. Dufaure antwortete, gegen das Programm sei nicht viel einzuwenden, aber Mac Mahon bestche darauf, daß Berthaut im Amte bleibe, worauf Jules Simon das ihm angebotene Portefeuille ablehnte. Man sagt, daß Dufaure mit großem Erstaunen von der entschiedenen Opposition der Linken gegen sein Verbleiben im Cabinet gehört habe. Wie dem sein mag, so fühlte der bisherige Conseils-Präsident sich durch Jules Simon's Antwort völlig entmuthigt und meldete dem Präsidenten der Republik seinen definitiven Rücktritt, der diesmal, wie es scheint, angenommen worden. Heute früh war also Alles wieder von vorn anzufangen. Mac Mahon ließ abermals den Duc d'Audiffret-Pasquier zu sich bescheiden, mit dem er eine lange Besprechung hatte. Daraufhin sprach man in Versailles wieder von einem Ministerium d'Audiffret-Pasquier, aber alle Welt war darin einig, daß dies Cabinet nur ein Uebergangs-Ministerium sein könne. Man hat aber sonst keinerlei Andeutung darüber, daß der Präsident des Senates wirklich einwillige, ein Ministerium zu bilden. Im Gegentheil heißt es, daß Mac Mahon Nachmittags eine Unterredung mit Duclere hatte, die aber auch nicht von Erfolg gekrönt worden sei, wahrscheinlich weil der Marshall noch immer darauf bestand, seinen Kriegsminister zu behalten. Heute Nachmittag ebenfalls versammelte Dufaure noch einmal seine alten Collegen (auch de Marcère, der von den bisherigen Berathungen fern gehalten wurde), um sich endgiltig von ihnen zu verabschieden. Die Fraktionen der Linken hielten gestern und heute Berathungen, worin sie auf's Neue die Absicht aussprachen, an ihrem Programm festzuhalten. In beiden Kammern war Sitzung angefangen. Der Senat verlagte sich sofort nach Erledigung einiger geschäftlichen Vorlagen; die Abwesenheit eines Ministers machte sich also hier nicht spürbar. Anders steht es mit der Kammer, welche die Budget-Discussion fortzusetzen hat. Man fragte sich, ob trotz der Fortdauer der Krise die Versammlung zur Specialdiscussion des Einnahmebudgets übergehen werde. Nach 3 Uhr verbreitete sich das Gerücht, Mac Mahon wolle eine Botschaft an die Kammer richten. Dies ist im Wesentlichen, was sich bis zur gegenwärtigen Stunde begeben hat. Die Moral aus diesen Vorgängen ist nicht leicht zu ziehen. Doch leuchtet wenigstens so viel ein, daß Mac Mahon die Bedenklichkeit einer reactionären Maßregel vollständig erkennt. Er hat sich an Jules Simon gewandt, aber man hört nicht, daß er irgend einem Mitgliede der Rechten einen Vorschlag gemacht habe. Die Idee eines Auflösungs-Ministeriums scheint also in der Präsidentenschaft nach Verdienst gewürdigt zu werden.

○ **Paris, 12. Decbr.** [Aus der Deputirtenkammer. — Herr Blin de Bourdon. — Zur Cabinetkrise. — Der Appellhof von Besancon und die gesuchten Commissionen. — Der Binnensee in der Sahara.] Die Kammer ist noch nicht zur Specialdebatte über das Einnahmebudget übergegangen, Obgleich die Verhandlung gestern ziemlich lange dauerte. Rouvier sprach ausführlich über die Nothwendigkeit von Reformen im jetzigen Steuer-system und die Unzulänglichkeit der von verschiedenen Seiten gemachten Verbesserungsvorschläge. Er setzte auseinander, in wie unbefriedigender Weise die vereinte Nationalversammlung die Verzehrssteuern gesteigert und welches schlechte Verhältniß sie zwischen den directen und indirecten Abgaben herbeigeführt habe. Zur Kritik der Reformpläne übergehend, erklärte er, warum die Mönier'sche Capitalsteuer, obgleich sie sich den Anschein einer demokratischen Abgabe giebt, doch in Wahrheit die undemokratischste aller Steuern sei, indem sie zur Folge haben würde, das Capital immer mehr in die Hände der jetzigen großen Inhaber zu bringen. Was dagegen die Gambetta'sche Einkommensteuer angeht, so ist sie nach Rouvier einmal zu radical, weil man nie eine Kammer bereit finden wird, mit einem Male das ganze jetzige Fiskalsystem über den Haufen zu werfen; zum Anderen ist sie nicht genügend, weil sie nicht zur sofortigen Abschaffung mehrerer indirecten Abgaben führt. Hierauf antwortete Leon Say unter lebhaftem Beifall mit einigen Betrachtungen, die gegen seine letzte Rede abstachen. Er sprach von der sozialen Kraft des Staates in sehr demokratischem (auf mehreren Banken behauptete man sogar in communisistischem) Sinne. Den Gambetta'schen Plan verteidigte er insofern, als derselbe sehr wohl eine allmähliche Verbesserung zulasse. Man könne ihn im nächsten Jahre einer gründlichen Prüfung unterwerfen. Als der Minister die Tribüne verließ, verlangte man zur Linken die Vertagung der Debatte, zur Rechten dagegen den Schluß der Generaldiscussion. Der Monarchist Blin de Bourdon sagte: Es ist offenbar, daß die Linke nicht zur Discussion der einzelnen Artikel übergehen will. Nennen wir die Dinge bei ihrem Namen: wir haben den Strife des Parlament's (Kärm). Eine parlamentarische Coalition will das

Vand in den Bann thun. Ihr Zweck ist es, ihren exklusiven Willen durchzusetzen, indem sie ohne Weiteres den Senat und den Präsidenten der Republik unterdrückt. Ihr Mittel ist die Steuerverweigerung. (Lärm links, Beifall rechts.) Hinter der Cabinetstür versteckt sich eine Regierungskrise. Am Tageslicht verfolgt man die Bildung eines Ministeriums, und im Dunkeln arbeitet man auf den Rücktritt des Marshall-Präsidenten hin. (Tumult. Die Linke ruft: zur Ordnung!) Der Präsident Grevy verweist dem Redner diese letzte Aeußerung, die sich als eine Verleumdung der Kammer betrachten lasse. (Zustimmung links, Widerspruch zur Rechten.) Blin de Bourdon: Man verlangt vom Marshall, was seine militärische Ehre ihm verbietet. (Neuer Lärm.) Der Präsident droht dem Redner das Wort zu entziehen; er solle sich erklären, wer mit diesem Man gemeint sei. Blin de Bourdon: Ich spreche von einer parlamentarischen Coalition, welche den Marshall zwingen will, seine Generale und die Armee einigen Advokaten auszuliefern. (Tumult. Rufe zur Ordnung.) Wenn ich mich täusche, so beweisen Sie es, indem Sie zur Discussion der einzelnen Artikel übergehen. Der Redner verläßt die Tribüne und wird von seinen Kollegen der Rechten lebhaft beglückwünscht. Der Präsident ertheilt ihm nachträglich noch einen Verweis. Man schritt zur Abstimmung über den Verlagsungsantrag und derselbe wurde mit großer Mehrheit angenommen. Die Generaldebatte bleibt also offen, und in der reactionären Presse ist heute nur ein Schrei der Entrüstung darüber, daß diese anmaßende Kammer einen Staatsstreich beabsichtige, daß sie dem Marshall-Präsidenten durch die Steuerverweigerung Gewalt anthun wolle. Von der Cabinetstür ist nichts Neues zu melden. In einer Versammlung der Linken protestirten gestern Duclerc und Jules Simon gegen den Mißbrauch, den die Blätter mit ihren Intriquanten schilderten. Man versichert, daß Mac Mahon ganz unentfesselt ist, wen er jetzt zur Bildung eines Ministeriums ausfordern soll. Von einer Botschaft an die Kammern verlautet nichts weiter. — Große Aufregung verursacht, wie schon gemeldet, in den parlamentarischen Kreisen ein Urtheil des Appellhofes von Besançon; es hängt damit zusammen: Eine republikanisches Blatt der genannten Stadt, der „Avenir de la Haute Saône“, brachte vor einiger Zeit einen Artikel, worin von den gemischten Commissionen des Kaiserreichs die Rede war, jenen Commissionen, welche, aus einem General, einem Präfecten und einem Richter bestehend, ohne gerichtliches Verfahren, ohne Zeugenverhör, oft ohne Vernehmung des Angeklagten, auf eine bloße Anzeige der Polizei hin Tausende von Republikanern nach Cayenne schickten. Der Artikel war nicht schmeichelhaft für die gemischten Commissionen. Obgleich darin kein Name genannt wurde, fühlte der Präsident des Appellhofes von Besançon, Willemot, der selbst ein Mitglied der gemischten Commissionen gewesen, sich betroffen und machte eine Klage anhängig. Der „Avenir“ wurde in erster Instanz freigesprochen, aber von dem Appellhof, dessen Präsident der Kläger Willemot, zu 3000 Fr. Geldbuße verurtheilt. Nicht genug hiermit, nahm der Appellhof in den Motiven seines Urtheils die gemischten Commissionen im Allgemeinen in Schutz und erlaubte sich einen wenig verhältnißmäßigen Dufaur, der bekanntlich einst auf der Tribüne der Nationalversammlung die Verhöhnung der Justiz, deren das Kaiserreich sich schuldig gemacht, nach Gebühr geißelte. Begreiflicherweise will die Kammer den Appellhof von Besançon desavouiren sehen und Dufaur scheint ihr Gerechtigkeit widerfahren lassen zu wollen, ehe er sein Portefeuille aus der Hand giebt; denn der Generalprocurator von Besançon ist nach Versailles geschieden worden. — Herr von Lespès hat gestern in der Akademie der Wissenschaften einen Bericht des Hauptmanns Roudaire niedergelegt. Derselbe enthält die Resultate der jüngst vollendeten Studien, betreffend Herstellung eines Binnenmeeres in der algerischen Sahara.

Spanien.

Madrid, 7. Decbr. [Eine spanische Spitzeder.] Die öffentliche Aufmerksamkeit, schreibt man der „A. Z.“, ist in diesen Tagen durch ein längst vorhergesehenes und stündlich erwartetes Ereigniß von den Kammerverhandlungen abgelenkt worden. Donna Baldomera de Larra, die Schöpferin der berühmten Casas de imposiciones, einer Nachahmung der Dackauer Bantzen im großartigsten Maßstabe, ist verschwunden. Am Sonnabend Abend zeigte sich die „Freundin der Armen“, wie sie sich zu nennen pflegte, zum letzten Male dem arglosen Publikum der Hauptstadt in einer Loge der Comischen Oper. Zwei Tage später, am folgenden Montag, verjammelte sich eine große Menschenmenge vor ihrem Hause, die Einen in der Absicht, neue Erparnisse anzulegen, Andere um die Fünfen der bereits eingezahlten Summe in Empfang zu nehmen. Die Thür blieb indeß verschlossen, und da die Menge immer ungeduldiger und der Lärm bedenklich ward, schickte sich die Polizei schließlich an, den Platz zu säubern, um ernstlichen Ausbrechungen vorzubeugen. Ein Richter ließ unumwunden die Thür aufbrechen, um amtlich festzustellen, daß Donna Baldomera — mit ihrer Casse und allen Werthobjecten das Weite gesucht. Nach der niedrigsten Schätzung beziffern sich die Eingabungen auf 19 Millionen Realen; davon hatte die freigelegte Dame 5 Millionen für Fünfen (monatlich 30 pCt.) zurückbezahlt, so daß ihr immerhin noch 14 Millionen Realen, ungefähr 2,800,000 Mark, blieben. Ganz Madrid und ein großer Theil der Umgebung sind an dem Verluste betheiligt. Wohl hat die Tagespresse die Verblenden rechtzeitig zu warnen gesucht, aber der Trieb, auf irgend eine Weise Geld zu verdienen, ohne arbeiten zu müssen, ist bei der jetzigen spanischen Generation zu mächtig, als daß gute Lehren einen fruchtbaren Boden fänden. Dazu kommt nun noch, daß kaum 22 Procent der Bevölkerung lesen können, diese aber in ihrer Mehrzahl an alles eher als an die ungenügenden Rathschläge der heimischen Presse glauben. Das Wetter war mit Donna Baldomera, wenngleich sie dessen gar nicht bedurft um vor den Nachstellungen der spanischen Polizei sicher zu sein. Das unanfechtbare Regnen hat nämlich zur großen Freude der Beamten die Thätigkeit des Telegraphen für unbestimmte Zeit gelähmt. Es gehört ja mit zu den berühmtesten Cosas de Espanna, daß jeder kleine Platzregen irgend eine electrische Leitung für mindestens 24 Stunden stört. Der Minister des Innern hat nun trotzdem 200 Telegramme an alle Polizeibehörden des Königreichs aufheben lassen. Derselben harren ihrer Beförderung in Madrid, während die Schwindlerin wahrscheinlich längst die Pyrenäen hinter sich hat.

Großbritannien.

London, 10. Dec. [Zur Franconia-Affaire.] Dem Appellhof in Lincoln's Inn, schreibt man der „A. Z.“, lag gestern die Berufung der Eigenthümer des deutschen Dampfers „Franconia“ gegen das erstinstanzliche Urtheil des englischen Admiralsgerichts vor, welches dieselben zum Schadenersatz an den Eigenthümer des untergegangenen englischen Dampfers „Strathclyde“ und die Eigenthümer der Ladung verurtheilte. Es ist dies eine bloße Civilklage, in Bezug auf welche die Zuständigkeit der englischen Gerichte nicht in Frage kommt. Der Gerichtshof wies mit Einstimmigkeit die Berufung zurück und betraufte das erstinstanzliche Urtheil unter Hinweis darauf, daß die Franconia offenbar an dem Zusammenstoß schuld war und daß sie die Verantwortlichkeit dafür tragen muß, weil sie das hintere Schiff war, welches das andere überholte, folglich ihm ausweichen mußte. [Das neugewählte Londoner Schula mit] hatte gestern Nachmittags seine erste Sitzung. Der bisherige bewährte Vorsitzende, Sir Charles Reed, wurde durch Acclamation wieder gewählt. In seiner Ansprache beklagte Reed das ausgesprochene Aufstreben des Parteigeistes nicht allein in dem Schula selbst, sondern auch außerhalb, in den Wahlen, und bat, diesen bösen Geist nach Möglichkeit in der weiteren Thätigkeit zu unterdrücken. Dem Schulaamt liegt, so erinnerte er, eine schwierige und wichtige Aufgabe ob. Es hat den Unterricht der gesammten Jugend Londons zu leiten, zu fördern und zu überwachen. Diese Aufgabe sollen die Mitglieder sich stets vor Augen halten, und sie werden ihre kleinen Parteizwistigkeiten, die damit eigentlich nichts zu thun haben, leicht vergessen. Zum zweiten Präsidenten wurde der Prediger Rodgers gewählt. [Das Factoriegesetz.] Wie das medicinische Fachblatt „Lancet“ erzählt, gedankt der Minister des Innern, Gros, in nächster Parlamentssession die Wohlthaten des Factoriegesetzes auf Arbeiterklassen auszudehnen, welche bisher davon ausgeschlossen geblieben sind. Dazu gehört vor Allem die ziemlich zahlreiche Bevölkerung der Wasserstraßen, Flüsse wie Canäle, eine

eigene Klasse, ein Volk im Volke, welches sich bisher mit Erfolg nicht nur der Wirkung des Factoriegesetzes, sondern auch anderen noch rubimentärerem Gesetzen entzogen hat, und verwildert und demoralisirt aufgewachsen ist. Auch das Unterrichtsgesetz hatte auf diese Leute bis her keine Anwendung.

Provincial-Beitung.

* Breslau, 14. Decbr. [Verein Breslauer evangelischer Lehrer.] In der 17. Sitzung ließ Herr Braunharter die Fortsetzung seines Vortrages über das chinesische Reich folgen. Zunächst sprach derselbe über chinesische Literatur und verbreitete sich hierauf eingehend über die Erziehung und den Unterricht der Jugend in China. — Auf der Tagesordnung der 18. Sitzung stand der Vortrag des Herrn Henn: „Vertheilung des sprachkundlichen Stoffes in besonderer Beziehung auf unsere Mittelschulen.“ Anknüpfend an das in der 14. Sitzung besprochene ähnliche Thema bemerkt der Vortragende, daß er nur das Stoffliche dieses Unterrichtgegenstandes, soweit er dessen Vertheilung auf die Mittelschulen unserer Elementarschulen bei wöchentlich drei Unterrichtsstunden wünsch, fixiren wolle. Im Anschluß an den Stoffvertheilungsplan für Breslauer Schulen wurden daher die einzelnen Uebungen in Grammatik, Orthographie und Aufsatz mit steter Rücksicht auf den Umfang des Stoffes für die in Rede stehenden Klassen dargelegt, wobei sich zeigte, daß zur Bewältigung des vorgeschriebenen Pensums zwei Stunden Deutsch (wöchentlich) zu wenig sind. Da nun eine Beschränkung des Stoffes nicht stattfinden kann, erscheint dem Vortragenden eine andere Vertheilung desselben innerhalb der einzelnen Klassen und eine Vermehrung der deutschen Unterrichtsstunden wünschenswerth. — Die Besprechung dieser Punkte war eine sehr lebhaft und zeigte, daß gerade dem sprachlichen Unterrichte äußerst reges Interesse zugewendet wird. So verschiedene Ansichten sich auch begegneten, so war man doch darin einig, daß die Unterrichtszeit für Sprachkunde in Klasse IIb. von wöchentlich zwei auf drei Stunden zu erhöhen sei. Die Frage, welchem Unterrichtgegenstande eine Stunde abgezweigt werden solle, entschied die Versammlung nach reiflicher Erwägung dahin, daß man ohne Schaden von den drei Stunden für Geschichte und Geographie eine dem Unterrichte im Deutschen zuwenden könne.

† Breslau, 12. Decbr. [Handwerkerverein.] Herr Archiv-Rath Prof. Dr. Grünhagen hatte sich zum diesmaligen Gegenstand seines Vortrages die schwärzeste Periode unseres preussischen Vaterlandes, die Zeit kurz vor den Schlächten bei Jena und Auerstädt gewählt, setzte als Einleitung dazu die Lage des preussischen Staats auseinander. Die Stimmung Deutschlands war zu jener Zeit eine dem politischen Leben entschieden abgewandte, die namentlich für die Friedenspoeten Schillers, Göthes u. a. Dichter für Neutralität begeistert war. Der eben 1797 auf den Thron gelangte König von Preußen, Friedrich Wilhelm III., war von entschiedenem Sinn, aber durch seinen Vater gedrückt und auch das Vertrauen des Volks war gebeugt durch die Lage des Staats. Das ganze linke Rheinufer war an Frankreich abgetreten und Preußens Neutralität durch öftere Durchmärsche französischer Truppen verletzt. Auf der andern Seite stand Rußland, welches durch wiederholte Hilfsanerbietungen russischer Hülfskräfte zum Krieg anschickte und eine Coalition anbahnte gegen Napoleon (1804) der seinerseits wieder nicht unterließ, Deutschland zum Kriege zu reizen. Die österröische See eröffneten denselben an der Donau, hatten aber Napoleon nur Gelegenheit gegeben, neue Siege zu erkämpfen. Da drängten im Spätherbst 1806 Napoleons hinterlistige Verpfundungen in Betreff der Annexion Hannovers an Preußen auch den sparsamen und friedliebenden König, mit Napoleon zu brechen und die Niederlagen Preußens bei Jena und Auerstädt brachten fast ganz Preußen in seine Gewalt. — Nach dem Vortrag theilte Herr Ingenieur Rippert mit, daß die Mitglieder des Humboldtvereins und des Frauenbildungsvereins in Zukunft die geselligen Abende des Handwerkervereins gleichfalls zu besuchen das Recht erlangt haben.

* [Weihnachtsbesprechung.] Der Männer-Gesang-Verein „Oberschlesische Eisenbahn“ wird künftigen Sonntag, den 17. December, Abends 6 Uhr, mehrere hiesige, arme Waisenkinder einladen. Die Feier findet in Piesch's Local, Gartenstraße 23, statt. Dieser Feier entsprechende Chor- und Einzelgesänge sollen zur Verherrlichung des Abends dienen. Freunden und Gönnern des Vereins wird somit ein eben so erhebender, als genussreicher Abend in Aussicht stellen.

Görlitz, 13. Dec. [Schmidt f.] Heut verbreitete sich die Trauerkunde, daß der Chef des Hauses Gevers u. Schmidt, der Herr Geheim-Commerzienrath Gustav Schmidt, heut früh 8 Uhr in einem Hotel in Berlin, wohin er sich gestern Gesehste halber begeben, in seinem Bette, vom Schlag getroffen, todt gefunden worden ist. (Anz.)

□ Lauban, 12. Decbr. [Einige Mittheilungen aus dem Verwaltungs-Berichte der Stadt Lauban.] Bei der am 1. December 1875 stattgehabten Volkszählung betrug die Bevölkerung 10,087 Seelen. Es fanden im verfloßenen Jahre statt 397 Geburten, 384 Todesfälle, incl. 34 Fällen von Todgeburt und 106 Heirathen. Die Tausch wurde an 392 Gebornen, die kirchliche Einsegnung der Hefschlebung in 96 Fällen vollzogen. Die Zahl der Todesfälle war in dem verfloßenen Jahre eine sehr erhebliche; besondere Krankheitserscheinungen waren nicht vorhanden. An Steuern wurden erhoben und zwar: a) an Staatssteuern (klassificirte Einkommensteuer, Klassensteuer, Gemeindefsteuer, Grundsteuer, Gebäudesteuer) 56,197 Mark; b) an Communalsteuern 47,020 Mk. 8 Pf., 100 pCt. Zuschlag zur Grund- und Gebäudesteuer 7636 Mk., Hundesteuer 1417 Mk. 50 Pf. Summa 56,073 Mk. 58 Pf. — Die Zahl der wahlberechtigten Bürger betrug in der 1. Klasse 36, in der II. Klasse 189, in der III. Klasse 964. Hiervon waren zur Stadtorbundenwahl erschienen in der 1. Klasse 18 Wähler, in der 2. Klasse 32 Wähler und in der 3. Klasse 53 Wähler. — Die Stadtverordneten-Versammlung hielt 15 Sitzungen ab und erledigte 193 Vorlagen. Das Bureau bildeten die Herren Rentier Reimann, Vorsteher; Kaufmann Fögel, Stellvertreter; Apotheker Menzel, Schriftführer; Maurermeister Kosmal, stellvertretender Schriftführer. — Im September fand eine landwirthschaftliche und Industrie-Ausstellung statt. — Die Bauhätigkeit war im verfloßenen, wie auch in diesem Jahre eine rege. Eine Vergrößerung hat das Stadtgebiet jedoch nicht erfahren. Die öffentlichen Plätze sind dem Bedürfnis des Verkehrs entsprechend angelegt; ebenso wurden mehrere neue Promenaden geschaffen. Auf dem Steinberge, der schönsten öffentlichen Anlage Laubans, wurde eine Musikhalle gebaut. Allen sind an Promenaden und an verschiedenen anderen Straßen angelegt worden. — Die Wasserleitung, welche der Stadt 161,000 Mark gekostet hat, hat sich als dem Bedürfnis entsprechend erwiesen. Die Kosten der Unterhaltung haben sich nur auf 1523 Mark gestellt. Der gesammte Ueberfluß der Wasserleitung betrug 3052 Mk. 56 Pf. — Die Zeitumstände sind nicht ohne Einfluß auf die Arbeiter-Verhältnisse geblieben. Während sich früher Mangel an Arbeitskräften herausstellte, so ist jetzt das Gegentheil zu Tage getreten, so daß eine Herabsetzung der Löhne um 15 pCt. stattgefunden hat. Die Lage der arbeitenden Klassen hat sich jedoch im Ganzen nicht verschlechtert. — Das früher aufgetauchte Project betreffend den Bau einer Eisenbahn von Glogau über Lauban nach Friedland (Böhmen) ist vorläufig ins Stoden geraten.

L. Riegnitz, 13. Dec. [Nachmal's Stadtorbunden Wahl.] — Volksversammlung. — Sammlung.] Bei der gestern abgehaltenen engeren Wahl der für die zweite Abtheilung noch zu wählenden vier Ersatz-Stadtorbunden waren von 634 Wahlberechtigten 190 Wähler erschienen. Es wurden für die Zeit bis Ende 1878 gewählt die Herren: Kaufmann Fr. Rehbold mit 114 und Gemeindefchullehrer Dr. Finger mit 109 Stimmen. Für die Zeit bis Ende 1880 wurden gewählt die Herren: Kräutereibesitzer G. Hüttnier mit 121 und Fabrikbesitzer Jul. Nothher mit 110 Stimmen. — Für die gestern Abend abgehaltene socialdemokratische-Versammlung war Herr Bebel als Redner angelündigt und hatte sich demzufolge eine zahlreiche Zuhörerschaft, worunter auch sehr viele Liberale, eingefunden. Herr Bebel war jedoch nicht erschienen und hielt Herr Schlesinger aus Breslau einen ansehnlichen Stunden dauernden Vortrag, der in seinem Beginn den kleinen Gewerbetreibenden, die mit dem Arbeitergemeinames Interesse hätten, galt. — Auch hier ist für den unglücklichen Mühlknappen Schrader gesammelt worden. Herr Krumpholtz hatte die Güte, die milden Gaben, deren Einkünfte leider nur 96 Mk. ergeben hatten, entgegenzunehmen, und wurden dieselben heute durch Vermittelung der Herren Selle u. Mattheus an denselben nach Croppenstedt abgesandt, womit die Sammlung geschlossen ist.

XXX. Neumarkt, 13. Decbr. [Tageschronik.] In der letzten Versammlung des Gewerbe-Vereins sprach Herr Dr. Cohn von hier in einem längeren, recht mit Interesse verfolgten Vortrage „über die Althmung“. — Heute haben wir seit circa 5 Wochen wieder den ersten Tag mit heiterem Himmel, die ewige nasse Witterung hat einen bedeutenden schlechten Einfluß auf unsere Gesehste ausgeübt. — Dem Vernehmen nach wird, sobald das Frühjahr anbricht, mit dem Neubau des alten ehemaligen Minoriten-Klosters zur evangelischen Kirche begonnen werden. Der Grund ist bereits einer eingehenden Prüfung unterzogen worden. Die Kosten sollen, wie ver-

lautet, durch eine Verdreifachung des Betrages, den evangelische Insassen unter dem Titel „Beitrag zum Prediger-Gehalt“ zahlen, mit gedeckt werden. Wenn sich diese bewahrheitet, wäre diese Manipulation wohl zu loben, da auf diese Weise es keinem zu schwer fallen würde, seiner Pflicht auch nach dieser Seite hin prompt nachzukommen.

r. Koslau, 11. Dec. [Zur Tageschronik.] Am Freitag mußte ein Dienstfremde vom Dominium Kosloschitz in Folge einer Wette sein Leben lassen. Er hatte mit seinen Kollegen um 3 Mk. gewettet, daß best genährte Arbeitsschwer in die Höhe heben zu wollen, hob es auch, starb jedoch nach 2 Tagen an innerer Verletzung. — Herr Maurermeister Fr. hielt einen abgelesenen Vortrag über Hauschwamm im Bürgerverein. — Zum Besten armer Kinder jeder Confession fand von Dilettanten eine Theater-Vorstellung statt, welche 128 Mk. einbrachte. Alle drei Stücke wurden recht wader gegeben. Das Publikum geizte mit dem Applaus nicht. Auf allgemeines Verlangen wird Sonntag, den 17. d., noch eine Theater-Vorstellung zum selben Zweck stattfinden.

Berlin, 13. Dec. Geschäftlos wie ihre Vorgängerinnen verlief auch die heutige Börse, trotzdem die Stimmung im Allgemeinen sich als fest erwies. Anregung war von keiner Seite geboten und so blieben denn auch die Umsätze innerhalb der allerngersten Grenzen. Daß die Börse aus den Vorconferenzen keine Beunruhigung schöpft, ist immerhin ein nicht ungünstiges Zeichen, zumal die Zahl der Bankmacher sich doch kaum verringert haben dürfte. Auf dem Geldmarkte ist eine geringe Versteifung zu constatiren, wenigstens waren keine Briefe nicht unter 3% am offenen Markte zu placiren. Die internationalen Speculationspapiere hielten sich auf dem gestrigen Niveau ziemlich stabil. Lombarden waren fast absolut geschäftlos. Die österröischen Nebenbahnen fanden nur sehr schwache Beachtung, selbst Galizier blieben fast vollständig vernachlässigt, trotzdem sie um ein Geringes im Course anziehen konnten. Die localen Speculationseffecten veränderten die Notirungen nur wenig. Disconto-Commandit-Anteile zeigten Neigung zur Festigkeit, Dortmunder Union war gedrückt und besonders waren abgestempelte Stücke matt. Disconto-Commandit 106,25, ult. 105,75 — 105,50 — 106 — 105,75, Laurahütte 71, ult. 71. Auswärtige Staatsanleihen trugen anfänglich einen recht festen Charakter und kamen trotz einer später eintretenden Abkühlung mit geringer Abnahme gegen gestern zur Notiz. Oesterreichische Renten belebt, namentlich Silberrente, bei welcher man auf ein weiteres Steigen des Silberpreises rechnete. Goldrente nicht unbelebt zu 57% einsehend, war zuletzt zu 57% dafür zu machen. (Die Zehnungstage fallen bekanntlich auf morgen und übermorgen.) Russische Werthe trugen ebenfalls einen festen Charakter, besonders zogen Prämien-Anleihen in den Course an. 5%ige Anleihe 79%, —% —% bis 1%. Preussische und andere deutsche Staatspapiere unbelebt und meist ohne Veränderung. Von letzteren nur Braunschweiger Loose in einigem Verlebr. Von einheimischen Prioritäten Bergische 4 1/2%, Oberschles. 5%ige, Köln-Mindener VI. belebt, auswärtige Devisen sehr still. Auf dem Eisenbahn-Actienmarkte stagnirte der Geschäftsverkehr fast vollständig, besonders zeichneten sich Bergische durch intensive Geschäftstille aus. Halberstädter auf gute Einnahmenschancen besser. Von leichten Bahnen nur Nachen-Maltrichter, Brest-Grajewo und Rabebahn in einigem Verlebr. Bantactien blieben im Allgemeinen unbelebt. Börsen-Handels-Verein erhöhte die Notiz. Deutsche Bank recht lebhaft bei höherem Course. Oldenburg Landesbank steigend, Weimarerische Bank besser. Darmstädter gut behauptet, Preuß. Bodencredit zog bei regem Verlebr etwas an. Preuss. Hypotheken-Actienbank ebenfalls anziehend, auch Mecklenburgische Hypothekenbank höher, Baubank Metropole niedriger, Essener Credit angeboten. Industriepapiere blieben meist ganz ohne Verlebr. Glaugiger Zuckerraffinade anziehend. Deffauer Gas ließ etwas nach. Grolitzer Eisenbahnbedarf durch unlimitirten Verkaufsauftrag um mehrere Procente gedrückt, Lauchhammer weidend. Montanwerthe vernachlässigt. Gelsenkirchen fester. Märkisch-westfälisches Bergwerk höher. König Wilhelm und Schlesische Kohlen matter. Sibirien niedriger.

Um 2 1/2 Uhr: Still. Credit 218, Lombarden 125, Franzosen 414,50, Reichsbank 150,10, Disconto-Commandit 105,75, Dortmunder Union 6,00, Laurahütte 71,12, Köln-Mindener 100,25, Rheinische 110,25, Bergische 78,00, Rumänen 8,60, Türken 8,25.

Berlin, 13. Decbr. [Markt-Bericht über Bergwerks-Producte und Metalle von Leopold Hadra.] Das Geschäft in Metallen war in abgelaufener Woche bei wenig veränderten Preisen ziemlich still. — Der Roheisen-Markt verlief bei fester Stimmung und vermochten auch Preise vormöthentliche Höhe zu behaupten.

Kupfer ruhig. Chili in England 76 Pfd. Sterl. Wallars 85 Pfd. Sterl. 10 Sh. bis 86 Pfd. Sterl. Urmeneta 87 Pfd. Sterl. Englische 82 — 83 Pfd. Sterl. Mansfelder Raffinade 87 — 89 Mark pro 50 Kgr. Cassa ab Hütte. Diefiger Preis für englische Marken 85 — 88 Mk. pro 50 Kgr., für Mansfelder Raffinade 90 — 92 Mark pro 50 Kilogramm. Detailpreise entsprechend höher. — Bruchkupfer. Je nach Qualität 72 — 78 Mk. pro 50 Kilogr. loco. — Zinn ruhig. Bancazinn in Holland 46 fl. Hier Bancazinn 85 bis 87 Mk. Straits in England 78 Pfd. Sterl. Hier Prima Lammzinn je nach Qualität 86 bis 88 Mark pro 50 Kilogr. Secunda —. Im Einzelverkauf verhältnißmäßig höhere Preise. Bruchzinn 56 Mark pro 50 Kilogramm. — Zink ruhig. In Breslau W. H. von Giese's Erben 22 Mark, geringere Marken 21,25 — 21,50 Mark pro 50 Kgr. In London 23 Pfd. Sterl. Hier am Plage erstere 24,25 — 24,75 Mk., letztere 23,25 bis 24 Mk. pro 50 Kgr. Im Detail verhältnißmäßig höher. — Bruchzink. 15 — 15,50 Mark loco pro 50 Kilogr. — Blei sehr fest und viel gefragt, im Preise hoch. Zarnowitzer so wie von der Paulshütte, G. v. Giese's Erben, ab Hütte 20,75 — 21,25 Mk. pro 50 Kgr. Kaffe. Loco hier 22,50 bis 23,25 Mk. Harzer und Sächsisches 22,50 — 23,25 Mk. Spanisches Klein u. Co. 25,50 — 26,50 Mk. Detailpreise verhältnißmäßig höher. — Bruchblei. 18 bis 19 Mark pro 50 Kgr. — Kob-Eisen. Der Kob-Eisenmarkt bleibt fest. Warrants 58 Sh. 10 P. Langlois und Colneß 66 Sh. bis 71 Sh. i. a. v. Glasgow. Diefige Lagerpreise für gute und beste schottische Marken 4,45 bis 4,70 Mk. pro 50 Kilogramm. Englische Roheisen 3,40 bis 3,75 Mk. pro 50 Kilogramm. Oberschlesische Coats-Roheisen 3,05 bis 3,15 Mk. pro 50 Kgr. Giese's-Roheisen 3,25 — 3,70 Mk. pro 50 Kgr. ab Hütte. Granes Holzstohlen-Roheisen 4,20 — 5 Mk., für beste Marken werden 6 — 6,25 Mk. pro 50 Kgr. ab Hütte gezahlt. Weißes Holzstohlen-Roheisen 3,25 — 3,80 Mk. pro 50 Kgr. ab Hütte. — Bruchhölzer. Je nach Qualität mit 3,25 — 3,75 Mk. pro 50 Kgr. — Stab-Eisen. Gewaltes 6,50 bis 6,75 Mark pro 50 Kilogr. ab Werk. — Schmiedeeiserne Träger. 10,75 bis 15 Mk. loco pro 50 Kgr. je nach Dimension. — Eisenbahnschienen. Zu Bauzwecken nach bestimmten Dimensionen geschlagene 5,25 — 6 Mk., zum Verwalzen 3,40 — 3,80 Mk., je nach Lage des Ablieferungsorts. — Kohlen und Coals. Englische Auf- und Schmiedehölzer nach Qualität werden hier bis 75 Mk., Coats 60 — 70 Mk. per 40 Hectoliter bezahlt. Schlesischer und westphäl. Schmied-Coats 1,20 — 1,50 Mk. pro 50 Kilogr. loco hier.

Berlin, 13. December. [Producten-Bericht.] Im Gegenfatz zu gestern war die Stimmung für Roggen heute recht matt. Große Zurückhaltung auf Seiten der Käufer für Termine nöthigte das Angebot zum Entgegenkommen. Auch Waare genoh heute wenig Beachtung. — Roggenmehl etwas niedriger. — Weizen staute ziemlich stark. Die Anerbietungen sind der Kaufst merkllich überlegen gewesen, eine Preisermäßigung von 2 M. hat kaum genügend Käufer heranzuziehen vermocht. — Daser loco ziemlich preishaltend, Termine matt. — Rüböl billiger verkauft. Käufer hielten sehr zurück. — Petroleum niedriger und in beschränktem Verlebr. — Spiritus flau und billiger verkauft.

Weizen loco 190 — 235 Mk. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, feiner bunter polnischer — M. ab Bahn bez., per December 219 Mk. bez., per April-Mai 223 1/2 — 223 Mk. bez., per Mai-Juni 224 1/2 Mk. bez. Gefündigt 1000 Centner. Rübungspreis 219 Mark. — Roggen loco 154 bis 186 Mark pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, russischer 154 bis 159 1/2 Mk. ab Bahn bez., neuer russischer 160 — 168 Mark bezahlt, neuer polnischer — Mark bezahlt, inländischer 176 — 185 Mark ab Bahn bezahlt, per December 160 — 159 1/2 Mark bez., per December-Januar 160 bis 159 1/2 Mark bezahlt, per Januar-Februar 160 Mark bez., per Februar-März 161 1/2 Mk. bez., per Frühjahr 165 — 164 1/2 — 165 Mark bez., per Mai-Juni 163 — 162 1/2 — 163 Mark bez. Gefündigt 6000 Centner. Rübungspreis 159 Mark. — Gerste loco 130 bis 180 Mk. nach Qualität gefordert. — Daser loco 125 — 168 Mk. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, oft- und westpreussischer 130 bis 157 Mark bez., russischer 130 — 148 Mk. bez., pommerischer 162 bis 166 Mk. bez., schlesischer 150 bis 164 Mk. bez., galizischer — Mk. bez., böhmischer 155 — 164 Mark bez., ungarischer 137 — 140 Mark bez., defacter ungarischer — Mark ab Bahn bez., per December — Mk. bez., per December-Januar — Mk. bez., per Frühjahr 157 1/2 Mark bez., per Mai-Juni — Mark bez. Gefündigt 1000 Ctr. Rübungspreis 149 Mark. — Weizenmehl per 100 Kilo Br. unverfeuert incl. Sad Nr. 0: 28,50 — 26,50 Mark, Nr. 0 und 1: 26,50 bis 25,00 Mark bez. — Roggenmehl per 100 Kilo Br. unverfeuert incl. Sad Nr. 0: 25,50 — 23,00 Mk. bez., Nr. 0 und 1: 23,25 — 22,00 Mark. — Roggenmehl pro 100 Kilo Br. Nr. 0 und 1, inclusive Sad per December

Stad von Graf, Datto u. Comp. (25. Giech) in Dresden.